

# MILAN HODŽA — BAUMEISTER DER BÜRGERLICHEN KOALITION UND WIDERSACHER DER „BURG“

1926 — 1928

Von *Ladislav Lipscher*

Um die politische Einstellung Milan Hodžas (1878—1944) zu innenpolitischen Fragen zu verstehen, ist es notwendig, zuerst die Entwicklung und den Aufstieg der Agrarpartei<sup>1</sup> in den zwanziger Jahren in Umrissen zu schildern. Hodža gehörte zu den einflußreichsten Männern der Agrarpartei schlechthin und zu den herausragendsten politischen Persönlichkeiten der Slowaken im besonderen<sup>2</sup>.

Er zählte zu den wenigen Intellektuellen, die der Agrarpartei beitraten, gegenüber denen sie sonst allgemein eine „hochmütige Mißachtung“ an den Tag legte.

## *Die Stellung der Agrarpartei*

Die Agrarpartei ist zur stärksten politischen Kraft in einem relativ stark industrialisierten Land geworden, als welches die Erste Tschechoslowakische Republik unbestritten einzustufen war. Die Gründe, welche zu dieser ungewöhnlichen Erscheinung führten, könnte man in Kürze so zusammenfassen:

Die politische Organisation der Landwirte hatte in den böhmischen Ländern eine alte Tradition, und es gelang ihr, an diese anzuknüpfen. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges haben diese Partei am wenigsten berührt; im Gegenteil: ihre politische und organisatorische Stellung war so gefestigt, daß nach dem Ende des Krieges der Parteiapparat am besten funktionierte. Keine der übrigen politischen Parteien des neuen Staates war vielleicht so gut auf die Teilnahme an der Macht vorbereitet wie die Agrarpartei. Diese machte sich von Anfang an zielbewußt daran, den Teil der Macht an sich zu reißen, der sich als entscheidend zeigte.

In erster Linie bemächtigte sie sich der Getreideanstalt, die für die Versorgung der Bevölkerung verantwortlich zeichnete. Dazu kamen noch das Innen- und Landwirtschaftsministerium, deren Leitung sie während der ganzen Existenz der Ersten Republik fest in Händen hielt. Die Inbesitznahme dieser drei wichtigen Regierungsämter bedeutete den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Vorherrschaft über den Staat. Mit ganz wenigen Ausnahmen war der Agrarpartei auch das Amt des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers vorbehalten.

<sup>1</sup> Der offizielle Name lautete bis 1922: Republikanische Partei des tschechoslowakischen Volkes [Republikánska strana československého venkova]. Dann erfolgte die Umbenennung in: Republikanische Partei des ländlichen und kleinbäuerlichen Volkes [Republikánska strana zemědělského a maloroľníckeho lidu]. Im Aufsatz wird der allgemein gebrauchte Name „Agrarpartei“ benützt.

<sup>2</sup> Er war einer der stellvertretenden Vorsitzenden seiner Partei und Vorsitzender ihres slowakischen Zweiges.

Den wirklichen Aufschwung erlebte die Partei durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Beschlagnahme des großen Grundbesitzes<sup>3</sup> — ein Rechtstitel, der den legalen Grundstein zur Durchführung der Bodenreform legte. Diese Durchführung übernahm vollständig die Agrarpartei, ohne auf ernsthafte Opposition der übrigen Parteien zu stoßen. Die Agrarpartei hatte nichts unterlassen, um die Bodenreform als das wirksamste Mittel zur Stärkung ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen auszubauen.

Zugleich unternahm sie Vorkehrungen zur Beherrschung der großen Masse von Kleinbauern, wozu sie die Organisationen der „Domoviny“ (Heimstätte) gründete und das Schlagwort herausgab: „Wer Boden in Besitz nehmen will, muß Mitglied der ‚Domovina‘ werden.“ Der Unterstützung der mittelgroßen Bauernbetriebe war sie ohnedies schon sicher. Erst durch die Tätigkeit der „Domoviny“ sicherte sie sich die politische Macht. Mit Hilfe großer Subventionen der öffentlichen Hand wurde das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen überall in verschiedenen Formen (Wirtschafts-, Handels-, Finanzgenossenschaften u. a.) als Bestandteil der Agrarpartei aufgebaut. Zweifellos entsprach die Interessenpolitik der Agrarpartei dem Wesen der Bauern am besten, die ihre Aufmerksamkeit selten ideologischen Fragen schenkten und deren schwerer Lebenskampf sie lehrte, vor allem auf eigene Vorteile bedacht zu sein.

In politischer Hinsicht hatte die Agrarpartei im Gegensatz zu den anderen Parteien keine größeren Krisen durchzumachen. Ihre Einheit war nicht auf einer Ideologie aufgebaut, sondern basierte auf handfesten wirtschaftlichen Interessen<sup>4</sup>.

Der bekannte tschechische Journalist Ferdinand Peroutka (1895—1978) glaubte die Antwort auf die Frage, weshalb die Agrarpartei eine solche dominante Stellung einnahm, gefunden zu haben. Er resümierte: „Wenn wir die Ergebnisse der langjährigen Regierungsbeteiligung, den Einfluß auf die Staatsverwaltung, den Regierungsvorsitz in den Händen der Agrarpartei, das Gerücht, daß man ohne sie keine tragfähige Mehrheit bilden könne, den Einfluß auf die Subventionen und auf den Haushaltsplan, 45 Abgeordnete im Parlament, die große Ministerzahl, die

<sup>3</sup> Gesetz v. 16. 4. 1919, Nr. 215 Sammlung d. Gesetze u. Verordnungen (zitiert SdGuV).

<sup>4</sup> Zur Stellung der Agrarpartei vgl. Peroutka, Ferdinand: Agrární strana v naší politice [Die Agrarpartei in unserer Politik]. Přítomnost Nr. 36—37 v. 13. und 20. 9. 1928, 561—562, 577—578. — Teichman, Josef: Cesty agrární strany k moci nad státem [Der Weg der Agrarpartei zur Beherrschung des Staates]. Přítomnost Nr. 35—36 v. 5. und 12. 9. 1929, 545—547, 561—563. — Černý, Bohumil: Wirtschaftliche Voraussetzungen der tschechoslowakischen Politik zwischen den Weltkriegen (Beitrag zur Wirtschaftspolitik der Agrarpartei). Hist 11 (1965) 177—215. — Uhlíř, Dušan: Republikánska strana lidu zemědělského a maloroľnického ve vládě panské koalice [Die Republikanische Partei des landwirtschaftlichen und des kleinbäuerlichen Volkes in der Regierung der Herrenkoalition]. ČSČH 18 (1970) 195—236. — Lemberg, Hans: Die agrarischen Parteien in den böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakischen Republik. In: Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. H. Gollwitzer. Stuttgart 1977, 323—358. — S. auch die Beiträge von Peter Heumos, Mary Hrabik-Samal und Jaroslav Pecháček in: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1979, 323—438 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum).

faktische Führung in der Politik addieren — dann sehen wir, daß bei uns keine größere politische Macht vorhanden ist, als diejenige, die sich in den Händen der Agrarpartei konzentriert.“<sup>5</sup>

An anderer Stelle hat Peroutka die einmalige Stellung der Agrarpartei dem Inhalt nach noch eindrucksvoller beschrieben: Die Nationaldemokraten, die Klerikalen, die Sozialdemokraten, die nationalen Sozialisten und die Gewerbe- und Bauernpartei — sie alle hätten, wie es sich gezeigt habe, in der Regierung ihren Sitz einnehmen können, ohne dazu jedoch gezwungen zu sein. Niemand aber habe bislang den Mut gebracht, eine Regierung ohne die Agrarpartei zu bilden.<sup>6</sup>

### *Die Verabschiedung der Agrarzölle und die Bildung der bürgerlichen Koalition*

Die im Jahre 1925 durchgeführten Parlamentswahlen endeten mit einem großen Mißerfolg der tschechoslowakischen und sudetendeutschen Sozialdemokratie, nicht nur wegen der erstmaligen Beteiligung der KPTsch an den Parlamentswahlen, sondern auch wegen des allgemein sichtbaren Rechtsrucks in der politischen Landschaft. Die eindeutigen Sieger waren die tschechoslowakische Agrarpartei, der Bund der Landwirte sowie die katholischen Parteien in allen nationalen Lagern.<sup>7</sup>

Nach den Wahlen bildete die allnationale Koalition unter der Leitung von Antonín Švehla (1873—1933), auch weiter das Rückgrat der neuen Regierung, deren Bestand freilich von kurzer Dauer war (9. Dezember 1925—18. März 1926). Die einzige Veränderung bestand im Eintritt der tschechoslowakischen Gewerbe- und Bauernpartei in die Regierung. Diese Erweiterung der Regierungsbasis ist als Vollendung der Konzentration der bürgerlichen Kräfte im tschechischen Lager zu werten.

Die Agrarpartei und die tschechischen Klerikalen waren in Versuchung geraten, ihre zahlenmäßige Überlegenheit auf die Probe zu stellen und zu zeigen, wer in der Koalition am längeren Hebel sitze: Sozialisten oder Bürgerliche. Diesen Zweck verfolgte der Gesetzesantrag betreffend die Versorgung der Seelsorgegeistlichkeit (Kongrua), und die Agrarier stellten an die Sozialdemokraten die ultimative Forderung, den Agrarzöllen zuzustimmen.

Zu den eifrigsten Verfechtern der Verwirklichung dieser Forderung gehörte Hodža, der das Amt des Landwirtschaftsministers vom 7. Oktober 1922 bis 18. März 1926 bekleidete. Er setzte sich stets ganz entschieden für eine konsequente Schutzzollpolitik mit der Begründung ein, daß nur auf diesem Weg der Landwirtschaft im allgemeinen und ihrer Produktion im besonderen geholfen werden könne, um aus der Krise herauszukommen. Für einen freien Handel in der Landwirtschaft — so seine Vorstellung — waren keine Voraussetzungen vorhanden.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Peroutka: *Agrární strana v naší politice* 577.

<sup>6</sup> Peroutka, Ferdinand: *O mlčenlivém státníku* [Der schweigsame Staatsmann]. *Přítomnost* Nr. 50 v. 23. 12. 1926. — Im ähnlichen Sinn vgl. *Stránský*, Jaroslav: *Dekorativní mouřenín* [Der dekorative Mohr]. *Přítomnost* Nr. 6 v. 17. 2. 1927, 83.

<sup>7</sup> Lipscher, Ladislav: *Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918—1939*. München-Wien 1979, 195 f.

<sup>8</sup> Hodža, Milan: *Pro zemědělskou celní ochranu* [Für einen landwirtschaftlichen Schutzzoll]. *Venkov* Nr. 268 v. 16. 11. 1922. — *Ders.*: *Podmínkou soběstačnosti je*

Die Vertreter der Sozialdemokraten und der Nationalen Sozialisten lehnten in der Sitzung des Wirtschaftskollegiums der Minister die Anträge des Landwirtschaftsministers ab. Die Antwort von seiten der Agrarpartei auf das Sitzungsergebnis ließ nicht lange auf sich warten. In seiner Rede in Pilsen am 21. Februar 1926 verkündete Hodža selbstherrlich die Annahme des autonomen Zolltarifs mit festen Zöllen als die dringlichste wirtschaftlich-politische Aufgabe. Seine Rede beendete er mit der offenen Drohung, daß seine Partei fest entschlossen sei, „falls notwendig, zu den nachdrücklichsten Mitteln zu greifen, um die Regelung des Zollproblems zu erzwingen“<sup>9</sup>. Eine Wende in den bisherigen politischen Verhältnissen in der bürgerlich-sozialistischen Koalition war eingetreten. Die Fronten hatten sich zusehends verhärtet und die bislang übliche Kompromißbereitschaft war verflogen. Aus dem Verhalten der Agrarpartei mußte der Schluß gezogen werden, daß sie beabsichtigte, die sozialistischen Koalitionspartner in die Opposition zu drängen.

Diese Absicht bekräftigt folgende Aussage: „Wer diese (Warnungen, hervorgehend aus den gegebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten) nicht beachten will, erfüllt nur seine Pflicht dem Staat gegenüber, wenn er aus diesen Warnungen eine der zwei einzig möglichen Konsequenzen zieht: Entweder eine Politik des Staates zu verfolgen, oder in die Opposition zu gehen.“<sup>10</sup>

Die Hartnäckigkeit, mit der die Agrarpartei an ihrer Forderung festhielt, mußte unausweichlich auf den Widerstand der Sozialdemokraten stoßen, denn diese befanden sich von allen Koalitionsparteien in der schwierigsten Lage. Erstens brachten sie der Koalitionszusammenarbeit die größten Opfer, und zweitens standen sie in einem aufreibenden Kampf mit den Kommunisten um den Einfluß in der Arbeiterschaft.

Sobald Švehla keine Hoffnung sah, die Meinungsverschiedenheiten in der Koalition zu überbrücken, legte er sein Amt als Ministerpräsident nieder und reiste ins Ausland, um seine angegriffene Gesundheit wiederherzustellen. Viele haben vermutet, daß Švehla das Handtuch geworfen habe, weil er zu der Einsicht gekommen sei, daß er unter den gegebenen Verhältnissen Gefahr laufen würde, sich für mögliche künftige Verhandlungen mit den Sozialdemokraten den Weg zu versperren. Peroutka sprach die nicht ganz von der Hand zu weisende Vermutung

---

parita cel zemědělských a průmyslových [Die Voraussetzung der Autarkie ist die Parität der landwirtschaftlichen u. der Industriezölle]. Venkov Nr. 190 v. 16. 8. 1923. — D e r s.: Zemědělská cla a první tři měsíce občanské většiny [Die landwirtschaftlichen Zölle u. die ersten drei Monate der bürgerlichen Mehrheit]. Venkov Nr. 155 u. 156 v. 1. u. 2. 7. 1926.

<sup>9</sup> O nutnosti brzkého obnovení zemědělských řádných cel [Über die Notwendigkeit der Wiedereinführung ordentlicher landwirtschaftlicher Zölle]. Venkov Nr. 46 v. 23. 2. 1926. Er machte die höchsten Gremien der Agrarpartei mit dem einhelligen Beschluß ihres Präsidiums bekannt, wonach es auf der Einführung fester Zölle beharre „und sie (die Agrarpartei) ließe sich unter keinen Umständen von ihrem eingeschlagenen Weg abbringen, bis die Staatsverwaltung und die gesetzgebenden Körperschaften ihre heilige Pflicht erfüllten“. H o d ž a, Milan: Články, řeči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 4. Prag 1931, 480.

<sup>10</sup> Venkov v. 25. 2. 1926.

aus: Švehla sei nicht deshalb verweist, weil die Koalition zerfiel, sondern um sie nicht zerfallen zu lassen<sup>11</sup>.

Er überließ die weiteren Verhandlungen seinem Stellvertreter, dem Sozialdemokraten Rudolf Bechyně (1881—1948). Als es diesem nicht gelang, die strittige Frage der Agrarzölle einer Lösung näherzubringen, demissionierte mit ihm die ganze Regierung<sup>12</sup>. Weil die tschechischen Parteien ohne Sozialisten mit keiner Mehrheit im Parlament rechnen konnten, wurde am 18. März 1926 ein Beamtenkabinett als Ausweg aus der Verlegenheit eingesetzt. Die bürgerlichen Parteien wollten Zeit gewinnen, um alle Maßnahmen durchzusetzen, für die es in der vorangegangenen Koalition nicht gelungen war, eine Lösung zu finden, und zugleich die Zeit zu nutzen, um mit künftigen Koalitionspartnern Möglichkeiten für eine spätere politische Zusammenarbeit zu suchen.

Ein Mann in der Agrarpartei machte sich Švehlas Abwesenheit zunutze und ergriff diese günstige Gelegenheit, seine persönlichen Ambitionen zu verwirklichen: Milan Hodža. In der eigenen Partei war ihm außer Švehla keiner an Fähigkeiten ebenbürtig. Seine parteipolitische Stellung, untermauert durch den großen Einfluß in der Slowakei, war außerordentlich stark, denn die slowakischen Agrarier, deren unbestrittener Führer er war, standen für die tschechoslowakische Einheit ein, im Gegensatz zu den separatistischen Neigungen der Slowakischen Volkspartei Hlinkas.

Hodža übernahm vorübergehend die Parteiführung. Dadurch bot sich ihm die Gelegenheit, seine langgehegten Pläne schnellstens in die Tat umzusetzen. Weil der Gesetzesentwurf über die Agrarzölle gegen den Widerstand der Sozialdemokraten nicht durchsetzbar war, mußte er neue Verbündete suchen, d. h. eine Koalition der bürgerlichen Parteien zustande bringen<sup>13</sup>.

Das taktische Vorgehen Hodžas zur Herstellung einer neuen Koalitionsmehrheit sah ein Abkommen mit der Slowakischen Volkspartei und einen Kompromiß mit den Nationaldemokraten vor. Einen entscheidenden Bestandteil sollten die sudetendeutschen aktivistischen Parteien bilden, falls die tschechoslowakischen nationalen Sozialisten die Zusammenarbeit ablehnen würden.

Die Verhandlungen zwecks Bildung einer künftigen Koalition erwiesen sich als außerordentlich schwierig. Die vorweihnachtliche Session des Abgeordnetenhauses

<sup>11</sup> — f — (Ferdinand Peroutka): Optický klam [Optische Täuschung]. Přítomnost Nr. 11 v. 25. 3. 1926, 161.

<sup>12</sup> Rede des Abg. Franke. Stenographische Berichte über die 45. Sitzung des Abgeordnetenhauses (zitiert AbgH) v. 20. 10. 1926, 187.

<sup>13</sup> Hodža war ein zu erfahrener Politiker, um nicht zu wissen, daß das kompromißlose Vorgehen der Agrarpartei gegen die Sozialdemokraten sowie deren Mitschuld am Auseinandergehen der nationalen Koalition nicht überall auf Verständnis stoßen würde. Um dieser Stimmung entgegenzutreten, wollte er seine Partei als uneigennützig Verfechterin des Wohles des Bauerntums hinstellen, wie er beteuerte: „Wir waren unerschütterlich, ob wir auch weiter vor den Sozialdemokraten zurückweichen oder ob wir endlich zugunsten der bäuerlichen Bevölkerung und ihrer Forderungen eintreten sollten. Dieses Zögern durfte nicht lange dauern — es mußte schnell ein Entschluß gefaßt werden. Als Vertreter der tschechoslowakischen Landwirtschaft waren wir angehalten, auf unseren Forderungen zu bestehen.“ Rede Hodžas auf der Arbeitstagung der Agrarpartei in Preßburg am 9. 4. 1927. H o d ž a : Články IV 1931, 528.

des Jahres 1925 verlief im Zeichen scharfer Angriffe der Vertreter der Slowakischen Volkspartei gegen Hodža. Sie beschuldigten ihn und seine Helfer des während der Parlamentswahlen im November 1925 begangenen Betruges, der angeblich zum Verlust einiger ihrer Mandate geführt hatte. Andrej Hlinka (1864—1938), ihr unbestrittener Führer, zielte ohne Zögern auf die heikelste Stelle der tschechoslowakischen Einheit mit der Erklärung, daß sich die Slowaken als selbständige, von den Tschechen unterschiedliche nationale Individualität fühlten, und drohte, mit den Sudetendeutschen und den Magyaren in grundsätzlichen Fragen der Staatspolitik gemeinsam vorzugehen<sup>14</sup>.

Wenn die Slowakische Volkspartei diese Drohung wahrgemacht und mit der nichttschechischen Opposition<sup>15</sup> gemeinsame Sache gemacht hätte, so wäre das Hauptargument, welches die tschechoslowakische Regierung an der Friedenskonferenz zur Geltung brachte, die tschechoslowakische Einheit, gefährdet oder wenigstens in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht worden<sup>16</sup>. Eine funktionsfähige bürgerliche Regierung ohne Teilnahme der Slowakischen Volkspartei wäre schwer zusammenzustellen gewesen.

Am Anfang des Jahres 1926 begann Hodža im Einverständnis mit Švehla seine Verhandlungen mit der Slowakischen Volkspartei, obwohl er sich bis dahin ganz entschieden gegen die Regierungsteilnahme dieser Partei ausgesprochen hatte<sup>17</sup>. Er rechnete sich aus, daß er als Slowake größere Erfolgchancen habe als seine tschechischen Parteigenossen. Seine Vermutungen erwiesen sich als falsch, denn in der damaligen Zeit galt er in der Slowakischen Volkspartei wegen der schon erwähnten Ereignisse im Wahlkampf als der am wenigsten geeignete Verhandlungspartner<sup>18</sup>.

Im Januar 1926 scheiterte vorerst sein Vorhaben. Den Vorstellungen Hodžas standen noch weitere Hindernisse im Weg, denn er mußte auch den Widerstand der tschechischen bürgerlichen Parteien, vor allem der katholischen tschechischen Volkspartei, überwinden<sup>19</sup>. Auch in der eigenen Partei mußte Švehla, und mit ihm

<sup>14</sup> Stenographische Berichte über die 6. Sitzung des AbgH v. 21. 12. 1925.

<sup>15</sup> In dieser Zeit befanden sich die sudetendeutschen und magyarenischen Parteien noch in der Opposition gegen den Staat.

<sup>16</sup> Auf diesen Umstand wies Hodža hin, als er nachträglich auf die prekäre Lage einging, in der sich die Tschechoslowakei durch die Eröffnung der heftigen Offensive Ungarns gegen die Pariser Vorortefriedensverträge befunden hätte, wenn die gesamte deutsche Minderheit und ein großer Teil der in der Slowakischen Volkspartei organisierten Slowaken gegen den Staat und die Verfassung gestanden wären. Wahlrede Hodžas am 15. 11. 1928. Venkov Nr. 273 v. 16. 11. 1928.

<sup>17</sup> Nachträglich begründete er seinen ablehnenden Standpunkt mit dem Argument, daß die damaligen Forderungen der Slowakischen Volkspartei aus staats- und verfassungspolitischen Erwägungen stark übertrieben waren. Hodža: Články, reči, štúdie. Bd. 7. Preßburg 1937, 101. — In Wirklichkeit fürchtete er, seine machtpolitische Stellung in der Slowakei einzubüßen.

<sup>18</sup> Vgl. Kramer, Juraj: Slovenské autonomistické hnutie v rokoch 1919—1929 [Die slowakische autonomistische Bewegung in den Jahren 1919—1929]. Preßburg 1962, 332 f.

<sup>19</sup> Die tschechische Volkspartei war gegen die Allianz mit der Slowakischen Volkspartei, die sich durch ihren Separatismus und ihre politische Demagogie in der tschechischen

auch Hodža, den Widerstand namhafter slowakischer Parteigänger (Šrobár) brechen.

Wenn sich die Slowakische Volkspartei zuletzt doch entschloß, Verhandlungen bezüglich ihrer Regierungsteilnahme aufzunehmen, so war es das Verdienst des Vatikans und anderer kirchlicher Stellen<sup>20</sup>.

In dieser Zeit tauchte plötzlich der Name des Prager Rechtsanwaltes Norbert Eisler auf, dem der Primas von Ungarn, Kardinal Csernoch, die Wahrung der eigentumsrechtlichen Interessen der Graner (Esztergomer) Erzdiözese gegen den tschechoslowakischen Staat übertrug. Im Zusammenhang mit seiner Aufgabe entwickelte Eisler zu dem hohen slowakischen Klerus und dadurch auch zu mehreren einflußreichen Politikern der Slowakischen Volkspartei rege Beziehungen. Diese Fühlungnahme wirkte sich allmählich zum Nutzen der politischen Ziele Hodžas aus. Für Eislers Vorhaben war es wichtig, ein gutes Verhältnis zwischen Regierung und Slowakischer Volkspartei herzustellen, denn darin sah er die Voraussetzung, einen Erfolg für seinen Klienten herauszuholen. Auf Intervention Eislers überredeten die slowakischen Bischöfe die Parlamentarier der Slowakischen Volkspartei, die Attacken gegen Hodža zu unterlassen<sup>21</sup>. Bis zum Sommer 1926 war der Friede zwischen Hodža und der Slowakischen Volkspartei hergestellt<sup>22</sup>. Zuerst erklärte sich die Slowakische Volkspartei bereit, mit den übrigen Parteien für die Zoll- und Kongruagesetze zu stimmen.

Weil die tschechischen Nationalen Sozialisten nicht mitziehen wollten, mußten unbedingt die Nationaldemokraten für die neue Koalition gewonnen werden, denn sonst war keine Parlamentsmehrheit zu erreichen. Diese Partei war indes vom Gedanken eines Zusammengehens mit den sudetendeutschen Parteien nicht begeistert. Außerdem vertraten die Nationaldemokraten die Interessen der Industrie und der Wirtschaft. Somit befanden sie sich auf Kollisionskurs mit der Agrarpartei. Die Agrarpolitiker erblickten den Ausweg aus der Krise in hohen Agrarzöllen und Ausfuhrprämien auf landwirtschaftlichen Produkten. Die Vertreter der Industrie waren sich hingegen bewußt, daß durch diese Politik die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie auf den Weltmärkten noch mehr erschwert würde<sup>23</sup>. Hodža blieb nichts anderes übrig, als diese Streitfrage zu überwinden. Am 19. Mai 1926 beendete Hodža mit Erfolg die Verhandlungen mit dem Bevollmächtigten der Nationaldemokraten<sup>24</sup>.

---

Bevölkerung diskreditierte. L'udáci „přicházející“ stranou [Die Volkspartei durch die Hintertür „kommend“]. ND 33 (1926) 361.

<sup>20</sup> Am 3. 3. 1926 nahmen Hlinka und Šrámek, führende Persönlichkeiten der slowakischen und tschechischen katholischen Partei, an einer Besprechung mit dem Prager Erzbischof Kordáč teil, der offenbar den beiden Politikern den Wunsch des Vatikans nach Verständigung und Unterlassung gegenseitiger Feindseligkeiten übermittelte. Kramer: Slovenské autonomistické hnutie 328.

<sup>21</sup> Hodža war vom 7. 10. 1922 bis 18. 3. 1926 Landwirtschaftsminister, in dessen Bereich auch die Causa des Primas von Ungarn gehörte.

<sup>22</sup> Pevný, B.: Jak dr. Hodža tvořil tuto vládu [Wie Hodža diese Regierung bildete]. Přítomnost Nr. 2 v. 19. 1. 1928, 19.

<sup>23</sup> Černý, Bohumil: Wirtschaftliche Voraussetzungen 1965, 179.

<sup>24</sup> NL v. 20. 5. 1926.

Rein rechnerisch wäre die Regierung der bürgerlichen Koalition ohne Mitwirkung einiger der sudetendeutschen Parteien im Parlament in der Minderheit geblieben<sup>25</sup>.

Diese einfache mathematische Gegebenheit veranlaßte Hodža, sich an diejenigen sudetendeutschen Parteien zu wenden, von denen er annahm, daß sie ihm ihre Mitarbeit bei der Verfolgung seiner Pläne nicht verweigern würden. Er entschloß sich zu diesem Schritt auch deswegen, weil er die Mitarbeit der Slowakischen Volkspartei in der künftigen Koalition wegen ihrer notorischen Unzuverlässigkeit nicht so richtig abschätzen konnte. Dabei erforderte es nicht viel Mut, wenn Hodža mit den eher positiv eingestellten sudetendeutschen Kreisen Verhandlungen aufnahm, denn schon vordem hatten sich Masaryk, Švehla und mit gewisser Zurückhaltung auch Eduard Beneš (1884—1948) für eine Beendigung der deutsch-tschechischen Isolation ausgesprochen<sup>26</sup>.

Für den Bund der Landwirte waren die Agrarzölle eine lang gehegte Forderung, so daß die Partei ohne viel Zögern den Entschluß faßte, sie bedingungslos zu unterstützen<sup>27</sup>. Die Deutsche Gewerbetarbeitspartei vertrat in dieser Frage, wie auch in anderen grundsätzlichen Fragen, den gleichen Standpunkt wie der Bund der Landwirte. Für die Zustimmung der deutschen Christlichsozialen waren zwei Gründe von Bedeutung: Erstens konnten sie mit einer Zusage die Wünsche ihrer Wählerschaft aus den Reihen der Bauern unterstützen; zweitens wollten sie sich damit die Hilfe des Bundes der Landwirte verpflichten, die Verabschiedung des Gesetzesantrages über die staatliche Besoldung der Priester durchzubringen<sup>28</sup>.

Laut Hodžas Bericht versuchte er auch, die Repräsentanten der magyarischen Nationalpartei, welche ebenfalls die Interessen der Bauern vertrat, zur Mitarbeit heranzuziehen. Eine Vereinbarung darüber war schon in Sicht, der Versuch ist trotzdem mißlungen. Hodža sah den Grund dafür in der damals in Budapest gestarteten revisionistischen Kampagne<sup>29</sup>.

Nach Abschluß der erfolgreichen Verhandlungen über die Vorlagen wurden am 22. bzw. 25. Juni 1926 die diesbezüglichen Gesetze vom Parlament verabschiedet<sup>30</sup>.

<sup>25</sup> Aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen im Jahre 1925 erhielten die tschechischen bürgerlichen Parteien 102, die Slowakische Volkspartei (zitiert SVP) 23, insgesamt also 125 Mandate. Sie stellten demnach eine Minderheit im 300köpfigen Abgeordnetenhaus dar. Die sudetendeutschen Parteien — der BdL und die Christlichsozialen — zählten 37 Vertreter. Zusammen wäre dann eine Mehrheit zustande gekommen, die die Regierung hätte stützen können. Lipscher: Verfassung u. Verwaltung 195.

<sup>26</sup> Kafka, Bruno: Positivismus im Jahre 1924. DZB Nr. 25 v. 30. 1. 1927. — Memorandum Franz Kfepeks. Abgedruckt in: Neue Zeit 2 (1937) 29. — Unterredung mit Masaryk. PT Nr. 211 v. 7. 9. 1926.

<sup>27</sup> Erklärung Spinas. Scholle Nr. 14 v. 3. 4. 1926.

<sup>28</sup> César, Jaroslav / Černý, Bohumil: Politika německých buržoasních stran v Československu v letech 1918—1938 [Die Politik der deutschen bürgerlichen Parteien in der ČSR in d. J. 1918—1938]. Bd. 1. Prag 1962, 361.

<sup>29</sup> Unterredung Hodžas mit dem Redakteur des „Pesti Napló“. SD Nr. 230 v. 7. 10. 1926.

<sup>30</sup> Gesetz v. 22. 6. 1926, SdGuV Nr. 109 über den Zolltarif für das tschechoslowakische Zollgebiet u. Gesetz v. 25. 6. 1926, SdGuV Nr. 122 betreffend die Regelung der Bezüge der Seelsorgegeistlichkeit der vom Staate anerkannten, bzw. rezipierten Kirchen u. Religionsgemeinschaften, die sog. Kongrua.



Hodža und seine Verbündeten vom rechten Parteiflügel hatten ihr Ziel erreicht. Über die künftige Zusammensetzung der Koalition herrschte jedoch Ungewißheit. Nicht alle von Hodža ins Auge gefaßten möglichen Partner ließen ihre Absichten hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung klar erkennen.

Wie der deutsche Gesandte in Prag, Walter Koch (1870—1947), seiner Zentrale berichtete, strebte Hodža an, die durch momentane gemeinsame Interessen zusammengewinkelte parlamentarische Mehrheit zur Grundlage eines stabilen Regierungsgefüges zu machen. Dabei verfolgte er auch seine persönliche Ambition, Ministerpräsident zu werden und Švehla als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten vorzuschlagen. „An einer solchen Gestaltung der Zukunft arbeitet Hodža mit Hochdruck, darüber konferiert er derzeit mit Švehla in Karlsbad. H. (Hodža) will an der Spitze einer bürgerlichen Mehrheit Ministerpräsident werden. Wenn Švehla und die Deutschen damit einverstanden sind, kann es ihm gelingen.“<sup>31</sup> In der eigenen Partei stießen die vorangegangenen unliebsamen Vorfälle, vor allem im Verhalten Hodžas gegenüber den sozialistischen Parteien, bei einigen namhaften Mitgliedern des Vollzugsausschusses der Agrarpartei auf Ablehnung<sup>32</sup>.

Švehla kehrte im rechten Augenblick von seiner Erholungskur in die Innenpolitik zurück und durchkreuzte Hodžas persönliche Ambitionen. Er war ein zu erfahrener und bedachter Politiker, um nicht abschätzen zu können, was es für ihn persönlich bedeutet hätte, wenn er noch zu Lebzeiten Masaryks, der allgemein ein sehr hohes Ansehen genoß, Staatspräsident geworden wäre. Außerdem hatte er keine Lust, sich aus seiner verantwortungsvollen Stellung ins politische Abseits drängen zu lassen.

Am 12. Oktober 1926 wurde die Beamtenregierung durch eine parlamentarische unter dem Vorsitz Švehlas ersetzt. In die Regierung traten die Vertreter der ganzstaatlich organisierten tschechischen bürgerlichen Parteien sowie des Bundes der Landwirte und der deutschen christlichsozialen Volkspartei ein. Mit dem Bund der Landwirte trat auch die Deutsche Gewerbepartei der Parlamentsmehrheit bei. „Nicht eigentlich Tschechen und Deutsche waren es, die plötzlich Gefallen aneinander fanden, sondern tschechische und deutsche Landwirte und Klerikale, geeint in dem Bestreben, für die von ihnen vertretenen Klassen materielle Vorteile zu erfassen“; diese Erkenntnis traf den Nagel auf den Kopf<sup>33</sup>. Die Slowakische Volkspartei entschloß sich erst am 15. Januar 1927 zum Regierungsbeitritt.

Nichtsdestoweniger ist die Bildung der tschechoslowakisch-sudetendeutschen Parlamentsmehrheit als durchschlagender Erfolg der politischen Tätigkeit Hodžas zu werten. Der Eintritt der sudetendeutschen Parteien und der Slowakischen Volkspartei in die neue Koalitionskonstellation schien ein äußerst schwieriges, beinahe unmögliches Unterfangen. Die Sudetendeutschen stellten Forderungen, die die

<sup>31</sup> Bericht v. 21. 8. 1926. Politisches Archiv, Auswärtiges Amt (zitiert PA, AA) — Büro Staatssekretär Schubert — Tsch., E 176064—65.

<sup>32</sup> Es waren: B. Bradáč, J. Malypetr, F. Udržal, K. Viškovský. Vgl. Bericht des Kanzlers Šámal für Masaryk v. 4. u. 12. 6. 1926. Archiv kanceláře presidenta republiky (zitiert AKPR) — K. 600/26.

<sup>33</sup> Die ersten deutschen Minister. PT Nr. 242 v. 13. 10. 1926.

tschechischen nationalistischen Parteien erst schlucken mußten. Die Slowakische Volkspartei war als möglicher Bestandteil einer Regierungsmehrheit fast unvorstellbar. Hodža gelang es trotzdem, eine bürgerliche Mehrheit zustande zu bringen, obwohl die Nationaldemokraten für den Fall des Eintritts der Deutschen in die Regierung mit Revolution und mit dem Aufkommen des Faschismus drohten. „Die Deutschen in die Regierung, wir in die Revolution.“<sup>34</sup> Auf der anderen Seite machten Hlinka und Tuka den Eintritt der Slowakischen Volkspartei in die Regierung von der Annahme ihrer maximalistischen Forderungen abhängig<sup>35</sup>. Hodža war Slowake, und deshalb hatten die Sudetendeutschen mehr Vertrauen zu ihm als zu den tschechischen Politikern. Franz Spina (1868—1938), Regierungsmitglied für den Bund der Landwirte, erinnerte daran, daß Hodža sich an den in den ersten Jahren des neuen Staates geführten Angriffen gegen die Sudetendeutschen nicht beteiligt habe. „Es ging ihm darum, die durch das Schwert des Nationalismus geschlagenen Wunden auszuheilen . . .“<sup>36</sup>.

Hodžas politische Tätigkeit, in starkem Maß durch die im ungarischen Parlament gesammelten Erfahrungen beeinflusst, war oft einer scharfen Kritik unterworfen; diesmal jedoch führte sie zum Erfolg. Der überraschten Opposition stand plötzlich eine kompakte Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegenüber. Der Vertreter der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bezeichnete das neue Gebilde als konform mit den Grundsätzen des Parlamentarismus und der Demokratie. Er stellte nur die Frage, „ob es notwendig gewesen sei, sobald die Zoll-Kongrua Majorität gesichert war, in einer so schnellen und brüsken Weise fortzufahren“<sup>37</sup>.

Jedenfalls bedeutete Hodžas Einsatz beim Zustandekommen der bürgerlichen Koalition für ihn ein hohes politisches Risiko. Falls der für diese Zeit gewagte Versuch, die Sudetendeutschen und die Slowakische Volkspartei in die Regierung zu integrieren, mißlungen wäre, hätte er mit dem Verlust seines politischen Prestiges rechnen müssen<sup>38</sup>.

#### *Hodžas Tätigkeit als Schulminister*

In der bürgerlichen Regierung wurde Hodža das Schulressort zugeteilt. Dieses Amt trat er am 12. Oktober 1926 an. Die neue Funktion übernahm er nicht unvorbereitet; er kam im Gegenteil mit dezidierten, durch die bisherige Tätigkeit ausgereiften Vorstellungen, die er in einer von ihm geprägten Kultur- und Schulpolitik verwirklichen wollte. Um die Grundsätze, auf denen seine Kulturpolitik basierte, besser zu verstehen, muß auf seine studentischen Jahre in Budapest zurückgegriffen werden. Schon als junger Journalist konzentrierte sich sein volles

<sup>34</sup> Zitiert nach: Peroutka, Ferdinand: *Napravo či nalevo* [Rechts oder links]? Pfitomnost Nr. 31 v. 12. 8. 1926.

<sup>35</sup> Vgl. *Slovák* Nr. 277 v. 6. 12. 1925.

<sup>36</sup> Spina, Franz: Hodža jako politik a státník [H. als Politiker u. Staatsmann]. *VČAZ* 14 (1938) 135.

<sup>37</sup> Rede d. Abg. Meissner. Stenographische Berichte über die 37. Sitzung des AbgH v. 22. 6. 1926, 2460.

<sup>38</sup> Über die politischen Hintergründe, die zur Bildung der bürgerlichen Regierung führten, vgl. Lipscher: *Verfassung u. Verwaltung* 90 ff.

Interesse auf die Hebung des kulturellen Niveaus des slowakischen Volkes, um dessen politische Unabhängigkeit auf diese Weise vorzubereiten. In den von ihm redigierten Zeitschriften<sup>39</sup> wandte er sich gleichermaßen an das slowakische Bauerntum wie an die Intelligenz. Bis zum Kriegsende verfolgte er eine ausgeprägt demokratische Kulturpolitik.

Hodža erläuterte die von ihm angestrebte Kultur- und Schulpolitik in der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses am 8. November 1926. Eine bekannte sudetendeutsche Zeitung bewertete Hodžas Ausführungen als etwas, „das weit über den Rahmen seines Ressorts hinaus Bedeutung beansprucht, da er große psychologische Richtlinien aufrollt, die ganz erheblich von der bisherigen Einstellung der Tschechen zum Nationalproblem abweichen“<sup>40</sup>.

Hodža sprach sich gegen den destruktiven Nationalismus der Tschechen und Slowaken aus, zu dem die Völker der Doppelmonarchie erzogen worden waren, und führte den Begriff des „konstruktiven Nationalismus“ ein. Aufgrund dieser Einstellung vertrat er die Meinung, daß das Minderheitenproblem, namentlich in bezug auf die Deutschen, zu lösen sei<sup>41</sup>. Er ging also weiter als Švehla, der in seiner Regierungserklärung<sup>42</sup> nur von „Gleichen unter Gleichen“ sprach.

Hodža zeigte sich als Verfechter einer intellektuellen Zusammenarbeit vor allem mit den slawischen Völkern, aber auch mit den politischen Verbündeten in der Tschechoslowakei, wobei er den Wunsch äußerte, besondere Beziehungen auch mit Deutschland pflegen zu wollen. Es ging ihm darum, wie einer der Befürworter seiner Kulturpolitik zu erklären versuchte, die Methoden der Kooperation der slawischen Völker den Anforderungen der Demokratie und den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen anzupassen. Hodža sprach sich gegen den romantisierenden nebelhaften Panslawismus aus, den er als imperialistische Utopie brandmarkte<sup>43</sup>.

Er bemühte sich um eine aufrichtige Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche und wandte sich ganz entschieden gegen jeden Versuch, das religiöse Empfinden der Schüler, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu einer Religion, während des Unterrichts zu verunglimpfen<sup>44</sup>.

In diesen Bereich gehörte noch eine weitere Frage, mit der man sich, seiner Meinung nach, auseinandersetzen mußte, da sie zu einem wichtigen Politikum wurde: die Bedeutung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen der hussitischen Tradition und derjenigen des hl. Wenzel und der hl. Cyrill und Method. Er

<sup>39</sup> Slovenský týždenník [Slow. Wochenblatt] u. Slovenský denník [Slow. Tagblatt].

<sup>40</sup> m a : Konstruktiver Nationalismus. DZB Nr. 264 v. 10. 11. 1926.

<sup>41</sup> H o d ž a : Články VII 1937, 309. — Vgl. Ankündigung der Schulautonomie. DZB Nr. 264 v. 10. 11. 1926.

<sup>42</sup> Stenographische Berichte über die 42. Sitzung des AbgH v. 14. 10. 1926.

<sup>43</sup> S i b l í k , Emanuel: Hodžova kulturní politika [Hodžas Kulturpolitik]. In: Milan Hodža. Publicista, politik, vedecký pracovník. Spomienky, úvahy, štúdie [M. H. Publizist, Politiker, Wissenschaftler. Erinnerungen, Betrachtungen, Studien]. Prag 1930, 711. — H o d ž a : Články VII 1937, 324.

<sup>44</sup> Exposé Hodžas im Budgetausschuß des AbgH am 17. 11. 1927. H o d ž a : Články VII 1937, 330.

betrachtete sie als gleichwertig und stellte sie nebeneinander; keine von ihnen dürft die nationale Solidarität gefährden<sup>45</sup>.

In seinem kulturpolitischen Programm nahm die Idee des Tschechoslowakismus einen besonderen Stellenwert ein. Unter diesem Begriff verstand Hodža die gegenseitige Respektierung und Annäherung der historisch bedingten unterschiedlichen Entwicklung der Slowaken und Tschechen; ohne diese Idee, so fürchtete Hodža, würde sich der Graben zwischen beiden Völkern, den die fremden Machthaber ausgehoben hatten, noch vertiefen<sup>46</sup>.

Die Friedenskonferenz konnte nach Hodžas Meinung in Mitteleuropa nicht Staaten ohne nationale Minderheiten entstehen lassen. Aus dieser Tatsache ergab sich für alle Staaten, daß sie nicht nur den durch die Friedensverträge auferlegten Verpflichtungen nachzukommen hatten, sondern daß sie die Minderheiten laut ungeschriebenen moralischen Gesetzen gerecht und mit Anstand behandelten. „Die Minderheiten für den Staat und der Staat für die Minderheiten“, sollte der Grundsatz lauten, nach dem die Staaten das Minderheitenproblem zu lösen hätten<sup>47</sup>. Diese Ansichten machte Hodža zum Mittelpunkt des erwähnten Exposés vor dem Budgetausschuß. Er beabsichtigte, die Frage der Selbstverwaltung der Schule in die Tat umzusetzen. Die Selbstverwaltung sollte durch eine Reform teils in den Bezirken und teils in den Ländern durchgeführt werden. Das Projekt sollte auf eine Neuorganisation der Schulausschüsse hinauslaufen, damit alle politischen Parteien, auch jene der sprachlichen Minderheiten, in diesen Korporationen eine ihrer quantitativen Stärke entsprechende Vertretung fänden<sup>48</sup>.

Schon Hodžas sehr vage Erklärung über eine Schulautonomie verursachte aber großes Aufsehen in der politischen Öffentlichkeit. Auf sudetendeutscher Seite wurden seine Pläne freilich sehr zurückhaltend beurteilt. Sogar die Parteizeitung des Bundes der Landwirte, das Organ einer der Regierungsparteien, warnte davor, daß einige deutsche Kreise an die Ausführungen Hodžas zu viele Hoffnungen knüpfen könnten: „... es ist doch keine Frage, daß das vom Minister Gesagte nur so gedeutet werden muß, wie es gesagt wurde, daß nichts hinweggenommen, aber auch nichts hineingelegt werden dürfe, was eben nicht gesagt wurde.“ Hodžas Absichten wurden nicht verkannt, man deutete sie als ersten Schritt vorwärts<sup>49</sup>. Auch

<sup>45</sup> Exposé Hodžas im Kulturausschuß des AbgH v. 8. 4. 1927 u. im Senat am 7. 12. 1927 sowie seine Rede anläßlich der feierlichen Eröffnung des Gymnasiums in Königgrätz (Hradec Králové) v. 4. 9. 1927. H o d ž a : Člásky VII 1937, 319 f., 326 f., 333 f.

<sup>46</sup> Exposé Hodžas im Budgetausschuß des AbgH v. 8. 11. 1926. H o d ž a : Člásky VII 1937, 311.

<sup>47</sup> Rede Hodžas vor dem Forum der Weltallianz für die Pflege der Freundschaft zwischen den Völkern durch Vermittlung der Kirchen. Zitiert nach: S i b l í k : Hodžova kulturní politika 1930, 709.

<sup>48</sup> H o d ž a : Člásky VII 1937, 312. — Der Unterrichtsminister für die kulturelle Autonomie. Deutsche Landpost Nr. 256 v. 10. 11. 1926. — Die nationale Schulautonomie. PT Nr. 264 v. 10. 11. 1926.

<sup>49</sup> Vom aktiven zum konstruktiven Nationalismus. Deutsche Landpost Nr. 257 v. 11. 11. 1926. — In ähnlichem Sinn bewertete Hodžas Ausführungen auch die oppositionelle Deutsche Nationalpartei. Rede des Abg. Schollich. Stenographische Berichte über die 53. Sitzung des AbgH v. 25. 11. 1936, 845.

der zweite sudetendeutsche Koalitionspartner, die Christlichsozialen, reagierten sehr zurückhaltend. Sie versprachen jedoch volle Unterstützung für Hodžas Absichten, eine Besserung der berechtigten Selbstverwaltungsansprüche der Deutschen herbeizuführen<sup>50</sup>.

Bedeutend härter ging die oppositionelle sudetendeutsche Sozialdemokratie mit Hodžas Ausführungen ins Gericht. Ihre Vertreterin<sup>51</sup> stellte u. a. dem Versprechen Hodžas auf Verwirklichung der Schulautonomie den Erlaß seines Ministeriums vom 15. November 1926 gegenüber, nach dem die bisher national getrennten Gehaltsreferate der Landesschulräte abgeschafft und unter die Leitung des tschechischen Landesschulrates gestellt wurden<sup>52</sup>.

Große Bedenken und Befürchtungen wurden auch von seiten mancher tschechischer Parteien geäußert<sup>53</sup>. Ihre Haupteinwände: Hodžas Ankündigung der Schulautonomie könnte zu Mißverständnissen führen, und es wäre fraglich, ob sich alles verwirklichen ließe, was er als sein Programm angekündigt hatte. Weiter äußerten diese Kreise ihre Besorgnis darüber, daß die Deutschen aufgrund von Hodžas Rede unerfüllbare Forderungen stellen könnten. Sogar die offizielle „Prager Presse“ erklärte, die Schulautonomie auf einer breiteren administrativ-finanziellen Grundlage würde in technischer Hinsicht auf unüberwindbare Hindernisse stoßen<sup>54</sup>. Von tschechischer Seite wurde abschließend die Hoffnung ausgesprochen, daß Hodža seine zu weit gehenden Pläne in bezug auf die Schulreform mit den leitenden Grundsätzen der Verfassung in Einklang bringen werde.

Hodža relativierte, wie dies seiner Rede im Budgetausschuß vom 2. Dezember 1926 zu entnehmen ist, umgehend seine Aussagen. Er bedauerte, daß seine Rede Anlaß zu Kommentaren gab, die diese auf den Kopf stellten. Er wiederholte aber, daß die Reorganisation der Schulverwaltung ein Gebot der Stunde und die Idee der Schulselbstverwaltung eines ihrer dominanten Bestandteile sei. Diese Regelung könne einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Minderheitenfrage im Sinne der Gerechtigkeit und auf Grund eines gesunden Kompromisses zwischen dem allgemeinen Interesse und demjenigen der Nationalitäten leisten<sup>55</sup>.

Die von Hodža verkündeten Reformpläne wären vornehmlich für die Sudetendeutschen so lange nicht von Nutzen gewesen, als nicht auch die Kompetenzen der Schulausschüsse geändert worden wären, die bislang geradezu machtlos waren. „Die Reform, die Hodža beabsichtigt“, schrieb eine deutsche Zeitung, „bringt allgemein keine Besserung, wohl aber greift sie als erste Etappe allen folgenden vor,

<sup>50</sup> Rede des Abg. Luschka in der Generaldebatte zum Budget. Stenographische Berichte über die 53. Sitzung des AbgH v. 25. 11. 1926, 863 f.

<sup>51</sup> Rede der Abg. Kirpal. Stenographische Berichte über die 53. Sitzung des AbgH v. 25. 11. 1926, 862 f.

<sup>52</sup> Věstník Ministerstva školství a národní osvěty [Verordnungsblatt des Ministeriums f. Schulwesen u. Volkserziehung] 1926, 358.

<sup>53</sup> Reden der Abg. Hajn u. Lukavský (tschechische Nationaldemokraten) sowie des Abg. Myslivec (tschechische Volkspartei). Stenographische Berichte über die 53. Sitzung des AbgH v. 25. 11. 1926.

<sup>54</sup> PPr v. 10. u. 27. 11. 1926.

<sup>55</sup> H o d ž a : Články VII 1937, 314.

und Grundsätze, die nicht zu Beginn der Reform anerkannt werden, dürften später um so schwieriger durchzusetzen sein.“<sup>56</sup> Auch diesem wohl sehr beschränkten Reformprojekt wurde auf tschechischer Seite mit einem starren Nein begegnet.

*Ein ernstzunehmender Gegner der „Burg“*

Die Kampagne gegen Masaryk und Beneš, die beiden namhaften Vertreter der „Burg“<sup>56a</sup>, wurde in seltsamer Einigkeit von drei Richtungen her geführt: Der Konservatismus, der die noch vor dem Ersten Weltkrieg entstandene Animosität der Jungtschechen gegen die Realisten beinhaltete, konkretisierte sich im neuen Staat in der offenen Gegnerschaft Karel Kramářs (1860—1937) gegen Masaryk. Eine weitere Strömung bildete der alte katholische Klerikalismus ehemals ultramontanen Gepräges und altösterreichischer Observanz. Und als dritte Kategorie von Gegnern sammelten sich all diejenigen, deren übermäßige Ambitionen und Eitelkeit im neuen Staat enttäuscht wurden. Zu diesen gehörte an vorderster Stelle Hodža. Hodžas Gegnerschaft zur „Burg“ entsprang nach Meinung seiner Gegner großenteils seinem unbändigen Streben nach dem Posten des Außenministers.

Sicherlich war dies eine der wichtigsten Ursachen, jedoch nicht die entscheidende. Der Hauptgrund war eher darin zu suchen, daß Hodža in einem ganz anderen politischen Milieu aufgewachsen war und daß seine politische Moral sich wesentlich von derjenigen Masaryks und Beneš unterschied. Hinzu kommt, daß Hodža Mitglied der Agrarpartei war, die sich mit der Politik der „Burg“ nicht identifizierte.

Es überraschte nicht, daß sich die Angriffe gegen die „Burg“ von seiten der Nationaldemokraten und der tschechischen Volkspartei im Laufe des Herbstes 1926 intensivierten. Beide Parteien, und namentlich deren führende Organe, waren in den Händen von Personen, die Masaryk mit Feindseligkeit begegneten und dies auch dann getan hätten, wenn er Universitätslehrer geblieben wäre. In der Öffentlichkeit wurde mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß sich auch die Agrarpartei zu dieser Aktion hinreißen ließ, denn unter Švehlas Führung hatte sie in allen Attacken dieser Art Zurückhaltung gezeigt. Von dem Augenblick an, da Švehla krankheitshalber die Führung der Partei zeitweilig aufgab und Hodža das Steuer der Agrarpartei ergriffen hatte, änderte sich die Situation schlagartig.

Hodža hielt sich freilich eher im Hintergrund der ungehemmten Anti-„Burg“-Kampagne<sup>57</sup>. Umso mehr nährte er die feindselige Stimmung gegen Masaryk und

<sup>56</sup> Die Schulautonomie. DZB Nr. 280 v. 28. 11. 1926.

<sup>56a</sup> Dazu s.: Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš. 2 Bde. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1973 f. (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum).

<sup>57</sup> Diese Tatsache findet ihre Bestätigung in Hodžas veröffentlichten Reden u. Beiträgen sowie in der im Exil herausgegebenen Arbeit, in denen er selbst allerdings dieser Frage keine Beachtung schenkte. Diese Veröffentlichungen beziehen sich auch auf seine gesamte Tätigkeit während der Ersten ČSR. Vgl. Hodža: Federation in Central Europe. Reflections and Reminiscences. London 1942.

Beneš, welche mehrere slowakische Blätter veröffentlichten, indem sie Argumente von den übrigen tschechischen Rechtsparteien übernahmen. Hodža verfolgte damit zwei Ziele; beide fußten auf seinen persönlichen Ambitionen. Seine unmittelbaren Aspirationen zielten seit langem auf den schon erwähnten Posten des Außenministers ab, und er hielt die Zeit für gekommen, den verhaßten allzu langlebigen Konkurrenten loszuwerden, als die bürgerliche Koalition die Mehrheit im Parlament hatte und die Partei Benešs in schärfster Opposition zur Regierung stand.

Nach der Wahl von Beneš in den Rat des Völkerbundes schrieb das slowakische Organ Hodžas, daß ein Mann, gegen den sich die Mehrheit des Parlamentes stelle, nicht länger Außenminister bleiben könne, weil ein solcher Zustand, auch wenn er vom Staatsoberhaupt selbst gewünscht werde, mit den Grundsätzen der Demokratie und des Parlamentarismus unmöglich in Einklang gebracht werden könne<sup>58</sup>.

Der slowakische protestantische Bischof Samuel Zoch (1882—1928), Abgeordneter der Agrarpartei, veröffentlichte im slowakischen Organ der Partei einen Aufsatz, der Bedeutung erlangte, weil die Zeitung dem besonderen Einfluß Hodžas zugänglich war. Der Aufsatz beschäftigte sich mit den Gerüchten, daß Hodža den Posten des Außenministers anstrebe und die Kampagne gegen Beneš leite. Zoch stellte die Frage, warum nicht Hodža oder ein anderer Slowake Außenminister sein könne<sup>59</sup>. Wer die damaligen Verhältnisse in der Slowakei kannte, der war überzeugt davon, daß ohne Wissen Hodžas im „Slovenský denník“ (Slowakisches Tagblatt) und in der „Slovenská politika“ (Slowakische Politik) kein einziger Buchstabe aus der Setzerei kam und daß die ganze Aktion gegen Masaryk und Beneš von Hodža inspiriert, organisiert und durchgeführt wurde.

Um seine Pläne zu verwirklichen, hatte Hodža auch schon bestimmte Vorbereitungen getroffen; er suchte zielbewußt mit ausländischen Persönlichkeiten in Verbindung zu treten, um so zu beweisen, daß das Ausland auch ihm und nicht nur Beneš Sympathien entgegenbringe. Vor allem streckte Hodža seine Fühler nach Berlin aus, denn er dachte, daß seine Initiative und Befürwortung des Regierungseintrittes der Sudetendeutschen ihm die Unterstützung des Auswärtigen Amtes bei der Verwirklichung seiner Pläne sichern könnte. Hodža bemühte sich, durch eine Person seines Vertrauens, die Frau von Einem<sup>60</sup>, im geheimen und ohne die offiziellen tschechoslowakischen Stellen in Kenntnis zu setzen, mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Carl von Schubert (1882—1947), und Außenminister Gustav Stresemann (1878—1929) ins Gespräch zu kommen<sup>61</sup>.

<sup>58</sup> SPol v. 16. 9. 1926 (Leitartikel).

<sup>59</sup> Zoch, Samuel: Hodža v ministerstve zahraničia [H. im Außenministerium]. SD v. 25. 9. 1926. — Venkov v. 26. 9. 1926.

<sup>60</sup> Baronin von Einem, Witwe des ehemaligen österreichisch-ungarischen Militärattachés in der Schweiz, hatte durch ihren Mann zahlreiche Beziehungen zum Ausland geknüpft. Zu ihren Bekannten zählte auch der Staatssekretär von Schubert mit seiner Frau — einer geborenen Gräfin Harrach, mit der sie angeblich eng befreundet war. Bericht des österreichischen Gesandten in Prag v. 6. 12. 1926. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv (Wien), Neues politisches Archiv (zitiert HHStA, NPA) — Gesandtschaft Prag F 348. K. 63.

<sup>61</sup> In einer Unterredung mit dem damaligen tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Krofta, unterrichtete ihn v. Schubert, daß er im Frühjahr 1926 während eines Auf-

Schubert war jedoch nicht geneigt, auf Hodža's Intrigen einzugehen. Der Besuch Hodža's in Berlin schien Schubert, wie aus seiner Mitteilung an den Prager deutschen Gesandten hervorgeht, geradezu unheimlich; deutscherseits müsse alles vermieden werden, „was den Eindruck erwecken könnte, als wollten wir gegen unseren Freund Beneš konspirieren“<sup>62</sup>. Eine unter so geheimnisvollen Umständen geplante Zusammenkunft lehnte Schubert ab<sup>63</sup>. Der sowjetische Geschäftsträger in Prag war, wie im Bericht an seine Zentrale zu lesen ist, unzufrieden mit der Verzögerungstaktik von Beneš hinsichtlich der de jure Anerkennung der Sowjetunion; er berichtete, Hodža habe ihm zu verstehen gegeben, daß er diese Angelegenheit schneller erledigen würde als Beneš. Der Geschäftsträger fügte seine Überzeugung hinzu, daß Jiří Strýbrný (1880—1955), der damalige Stellvertreter des Ministerpräsidenten Švehla, und Hodža gegen Beneš intrigierten und entschlossen seien, alle Bemühungen des Außenministers, die ihm einen Erfolg verschaffen und so sein persönliches Prestige festigen würden, zu verhindern<sup>64</sup>.

Hodža beteiligte sich auch an den Angriffen gegen Masaryk. Zweck dieses Feldzuges war es, angesichts der bevorstehenden Wahl des Staatspräsidenten im Jahre 1927 die Bedeutung Masaryks zu diskreditieren. Die Agrarpartei vertrat auf Initiative der Gruppe um Hodža die Meinung, der geeignetste Kandidat für den Posten des Staatspräsidenten sei Švehla, der inzwischen von einer Kur im Ausland zurückgekehrt und entschlossen war, seinen Posten, den Hodža in seiner Abwesenheit ausübte, wieder zu übernehmen. Wenn Hodža seine damalige Position halten und später einmal Ministerpräsident und vielleicht auch Vorsitzender der Agrarpartei werden wollte, blieb ihm nichts anderes übrig, als Švehla zu überreden, sich als Gegenkandidat Masaryks im Jahre 1927 aufstellen zu lassen. Doch dieser hinderte Hodža daran, seine weitreichenden Aspirationen in die Tat umzusetzen. „Die größte Partei in der Republik in der Hand zu haben, eine Partei, welche sowohl programmatisch als auch ihrer Wählerschaft nach für jedwede Regierungs eventualität, sei sie von rechts oder von links, in Betracht kommt, bedeutet nicht weniger, als die Entwicklung der Republik selbst in der Hand zu haben“, so beschrieb ein Journalist den Gedankengang Hodža's<sup>65</sup>.

#### *Die Demission Hodža's*

Die oppositionellen Strömungen gegen die „Burg“ hatten tiefere Wurzeln und ungünstigere Folgen für die Persönlichkeit, die sie tatkräftig entfesseln half, als

---

enthaltet in Marienbad mit Hodža zusammengetroffen sei. Hodža hatte zwar allerlei Kritik an der tschechoslowakischen Außenpolitik der letzten Jahre geübt, sich aber nicht direkt gegen Beneš ausgesprochen. Niederschrift des StS Schubert v. 8. 11. 1926. AA, PA — Büro Staatssekretär Schubert — Tsch. E 176140—142, hier 176141.

<sup>62</sup> Schreiben v. 19. 8. 1926. AA, PA — Büro Staatssekretär Schubert — Tsch. E 176053—058.

<sup>63</sup> Schreiben Schuberts an den Prager deutschen Gesandten v. 11. 11. 1926. AA, PA — Büro Staatssekretär Schubert — Tsch. E 176143—148.

<sup>64</sup> Bericht des sowjetischen Geschäftsträgers v. 8. 4. 1925. Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů [Dokumente u. Materialien zur Entwicklung der tschechosl.-sowjet. Beziehungen]. Bd. 2. Prag 1977, Dok. 119. Vgl. Bericht desselben v. 26. 11. 1928. E b e n d a Dok. 303.

<sup>65</sup> P l z á k, Karel: Dva vůdcové [Zwei Führer]. Přítomnost Nr. 40 v. 14. 10. 1926.



für die unmittelbar Angegriffenen selbst. Diesmal war es Hodža, „der starke Mann der slowakischen und tschechoslowakischen Politik“, der zur Zielscheibe scharfer Vorwürfe wurde. In Masaryks Umgebung erfreute sich Hodža wegen seiner Unzuverlässigkeit und wegen wiederholter Affären keines guten Rufes.

Der österreichische Gesandte in Prag, Ferdinand Marek (1881—1945), informierte, wie allgemein aus seinen zuverlässigen Berichten ersichtlich ist, seine Zentrale<sup>66</sup> u. a. auch über die Gegenmaßnahmen der „Burg“ gegen Hodža. Die „Burg“ verfügte angeblich über umfangreiche Aktenfaszikel<sup>67</sup>, die Beweise für alle möglichen Korruptionsgeschichten Hodžas enthalten sollten und zur geeigneten Zeit publiziert werden würden. Hodža soll auch tatsächlich von seiten des Hradschin davor gewarnt worden sein, die Kampagne gegen Beneš fortzusetzen, worauf er in der Presse erklären ließ, daß er sich ausschließlich der Innenpolitik zuwenden wolle und für das Außenressort kein weiteres Interesse habe<sup>68</sup>.

Hodža beabsichtigte, Außenminister Beneš auszuschalten, und erhielt als Gegenrechnung die Liste all jener Affären, mit denen sein Name in Verbindung gebracht wurde. Die Partei der tschechischen Nationalen Sozialisten hatte im Abgeordnetenhaus eine Interpellation über die Affäre des bulgarischen Prinzen Cyrill von Coburg eingebracht, in der Hodža indirekt beschuldigt wurde, zu zweifelhaften Personen Beziehungen zu haben, um die Rückgabe der beschlagnahmten Fideikomnisse des Prinzen zu erwirken<sup>69</sup>. In den parlamentarischen Kreisen wurde diese Affäre lebhaft diskutiert<sup>70</sup>. Jaroslav Stránský (1884—1973)<sup>71</sup> veröffentlichte eine Artikelserie, in der er die politischen Hintergründe der Coburg-Affäre der Öffentlichkeit bekanntmachte, obwohl das belastende Material schon anderthalb Jahre zuvor vorhanden gewesen war<sup>72</sup>. Hodža wurde darin verdächtigt, in der Frage der Coburggüter und im Fall Eislers<sup>73</sup> eine unehrliche Rolle gespielt zu haben. Diese Angriffe erreichten schließlich den Punkt, wo man fürchten mußte, Hodža würde gezwungen sein, seine Demission als Unterrichtsminister einzureichen. Hodža antwortete in ausführlichen Erklärungen in der Presse auf diese Angriffe und führte seine Verteidigung äußerst geschickt und sachlich<sup>74</sup>.

Trotzdem ging Hodža aus der ganzen Affäre etwas angeschlagen hervor. Den

<sup>66</sup> Bericht v. 6. 10. 1926. HHStA, NPA — Liasse Tschechoslowakei 2/3, Innere Lage 1923—31. F. 276, K 833.

<sup>67</sup> Der wirkliche Inhalt dieser Aktenfaszikel war unbekannt.

<sup>68</sup> Z o c h : Hodža v ministerstve zahraničia. SD v. 25. 9. 1926. — Venkov v. 26. 9. 1926.

<sup>69</sup> Die Kulissengeheimnisse der Eisler Affäre. DZB Nr. 267 v. 13. 11. 1926.

<sup>70</sup> Reden d. Abg. Kreibich (KPTsch), Moudrý (tsched. nat. Sozialist), Hlinka (SVP). Stenographische Berichte über die 49., 51. u. 56. Sitzung des AbgH v. 19., 23. 11. u. 9. 12. 1926.

<sup>71</sup> Tschechischer Politiker. Anhänger der „Burg“ u. Inhaber der „Lidové noviny“.

<sup>72</sup> Stránský, Jaroslav: Divná justice [Sonderbare Justiz]. — Ders.: Hodžova satifikace [Hodžas Satisfaktion]. — Ders.: Koburské dříví [Coburger Holz]. LD v. 12., 17. u. 19. 11. 1926.

<sup>73</sup> Dr. jur. Norbert Eisler, Rechtsanwalt in Prag u. damaliger Vertreter des Prinzen Cyrill v. Coburg.

<sup>74</sup> Reden der Abg. Slávik (Agrarpartei) u. Hodža. Stenographische Berichte über die 52. u. 56. Sitzung des AbgH v. 24. 11. u. 9. 12. 1926, 649, 1241—44. — DZB Nr. 268 v. 14. 11. 1926.

verschiedenen Anzeichen zufolge schien es, als hätte sich Masaryk mit der Person Hodža abgefunden und als sei ein *modus vivendi* gefunden worden. Hodža wurde wiederholt vom Präsidenten empfangen. Nachdem Švehla bald krankheitshalber aus dem aktiven politischen Leben ausscheiden mußte, wuchs die Bedeutung Hodžas derart, daß sich der Staatspräsident den Auswirkungen eines Wechsels an der Spitze der Agrarpartei, ungeachtet aller seiner ursprünglichen Anthesen, nicht mehr verschließen konnte. Es fiel auf, wie rasch die der „Burg“ nahestehende Presse alle Angriffe gegen Hodža einstellte. Andererseits war die starke Zurückhaltung bemerkenswert, die sich der so ambitionierte und energische Hodža nun auferlegte<sup>75</sup>. Nach einer relativ ruhig verlaufenen Zeit kam die Person Hodžas aber wieder in die Schlagzeilen der Presse und damit ins politische Rampenlicht.

Am 2. Dezember 1928 fanden die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen statt, die mit einer empfindlichen Niederlage der bürgerlichen Koalition endeten<sup>76</sup>.

Ministerpräsident Švehla hatte durch seine langandauernde Krankheit seinen Posten nicht mehr ausüben können. Die eigentliche Leitung des Kabinetts lag in den Händen seines Stellvertreters Jan Šrámek (1870—1953), des Führers der tschechischen Volkspartei. Wenn der Agrarpartei daran gelegen war, die tatsächliche Leitung der Regierungsgeschäfte wieder in die Hand zu bekommen, mußte sie ihre bisherige Taktik ändern und zur Ernennung eines Nachfolgers für Švehla schreiten. Als Kandidat der Agrarpartei wurde František Udržal (1866—1938), der bisherige Verteidigungsminister, ernannt. Am 1. Februar 1929 wurde Udržal mit der Leitung der Regierung betraut<sup>77</sup>. Seine Ernennung wurde von allen Parteien, auch denen der Opposition, begrüßt. Er erfreute sich wegen seiner charaktervollen Persönlichkeit allgemeiner Hochachtung.

Udržal fand bei seinem Antritt eine äußerst verworrene Situation vor. Die Gegensätze zwischen den Koalitionspartnern dauerten an; jeder von ihnen war aus irgendeinem Grund unzufrieden. Vor allem war es die katholische tschechische Volkspartei, bei der sich ein Abschnen von der Agrarpartei und eine gewisse Annäherung an den Linksblock bemerkbar machte. Die seinerzeit von der „Burg“ herausgegebene Parole einer schwarz-roten Koalition begann gewisse Umrisse anzunehmen. Aber nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch bedeutete die Politik der Agrarpartei mit ihren Schutzzollforderungen für die Landwirtschaft eine Belastung.

Die neue Regierung war in ihrer persönlichen Zusammensetzung vorderhand unverändert geblieben. Unmittelbar nachdem Udržal den Vorsitz des Kabinetts übernommen hatte, kam es im Zusammenhang mit der Erneuerung der politischen Autorität der „Burg“ zu dessen Umbildung. Die wesentlichste Neuerung war die Demission Hodžas als Unterrichtsminister am 20. Februar 1929<sup>78</sup>. Als Grund

<sup>75</sup> Bericht des österreichischen Gesandten in Prag v. 12. 5. 1928. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag. F. 389 f., K. 833.

<sup>76</sup> Tschechoslowakische Statistik, Reihe 1. Bd. 60. Die Wahlen in die Landesvertretungen im Jahre 1928. Prag 1929, 13\*.

<sup>77</sup> Stenographische Berichte über die 182. Sitzung des AbgH v. 14. 2. 1929.

<sup>78</sup> Stenographische Berichte über die 184. Sitzung des AbgH v. 26. 2. 1929. — Am 29. 2.

für seinen Rücktritt wurde offiziell ein hartnäckiges Halsleiden angegeben, das ihn zwingt, sich einer längeren Kur zu unterziehen<sup>79</sup>. Indessen war es klar, daß vor allem politische Gründe entscheidend waren.

Als sich herausstellte, daß eine Zusammenarbeit mit Hodža ungeachtet seiner Loyalitätserklärungen zu Masaryk und Beneš nicht möglich war, entschieden sich die „Burg“-Politiker, ihn aus der Regierung zu entfernen.

Am meisten betroffen war Außenminister Beneš, in dessen Wirkungsbereich Hodža des öfteren eingegriffen und so einige seiner politischen Pläne durchkreuzt hatte. Was der „Burg“ in der sogenannten Coburg-Affäre im Jahre 1926 nicht gelungen war, konnte sie jetzt verwirklichen. In den zwei Jahren, die seither verflossen waren, war es um diese Affären ohne Klärung ruhig geworden. Vor seiner Demission wurden Hodža weitere Affären zur Last gelegt. Aus dem Ertrag der slowakischen Kirchengüter hatte Hodža gegen den Willen und schließlich unter dem ausdrücklichen Protest des tschechoslowakischen Außenministeriums ungefähr 20 Millionen Kč an das Erzbistum Gran (Esztergom) als Vorschuß für Ablösungszahlungen für erzbischöflichen Grundbesitz in der Slowakei ausbezahlt, wobei mehrere Millionen verschwunden sein sollen<sup>80</sup>.

Hodžas besondere Idee auf internationalem Gebiet war die Schaffung einer „Grünen Internationale“. Die politischen Parteien der Landbevölkerung aller Staaten sollten in einer internationalen Organisation zusammengeschlossen werden. An der Verwirklichung dieses Plans arbeitete er seit Jahren rastlos. Hodža berief in aller Heimlichkeit im Oktober 1928 den kroatischen Bauernführer Vladimir Maček (1879) und dessen Genossen nach Prag. Er beabsichtigte, sie mit dem ehemaligen britischen Premier, James R. Macdonald (1866—1937), der in Prag weilte, zusammenzuführen, um ihn über die innerpolitische Situation in Jugoslawien und über die Beschwerden der Kroaten gegen die Regierung aufzuklären<sup>81</sup>.

Diese Aktion Hodžas führte zu einer Verstimmung zwischen Belgrad und Prag. Es war für die offizielle Außenpolitik ärgerlich, wenn ausgerechnet die führende Persönlichkeit der stärksten tschechoslowakischen Partei mit der Opposition des Bundesgenossen Jugoslawien konspirierte.

Den Höhepunkt der außenpolitischen Aktionen Hodžas bildete seine Unterstützung der bulgarischen landwirtschaftlichen Zentrale in Sofia, was im Dezember 1928 bekannt wurde<sup>82</sup>. Diese war ein wirtschaftliches Unternehmen der frü-

---

hatte die SVP ihren Minister Marek Gažík (1887) abberufen. Gažíks Rücktritt war rein persönlich motiviert und hatte politisch keine größeren Nachwirkungen.

<sup>79</sup> Venkov v. 21. 2. 1929.

<sup>80</sup> Bericht Beneš v. 19. 1. 1929. AKPR 606/26, T 91/29. — Vgl. Worliczek, Adalbert: Demission auf Raten. Berliner Tagblatt v. 8. 3. 1929. Worliczek war Prager Korrespondent des erwähnten Blattes.

<sup>81</sup> Uhlíř, Dušan: Konec vlády panské koalice a republikánska strana v roce 1929 [Das Ende der Regierung der Herrenkoalition u. die Republikanische Partei i. J. 1929]. ČSČH 18 (1970) 556. — Bericht des österr. Gesandten in Prag v. 18. 10. 1928. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag, F. 414—419, K. 833.

<sup>82</sup> Bericht v. 12. 4. 1929 über die Rede des Abg. Čuřík vor dem Exekutivausschuß der tschechischen Volkspartei. AKPR 606/26, T 1159/29. — Worliczek: Demission auf Raten 1929.

heren Bauernpartei Alexander Stamboliskijs (1879—1923), die im Jahre 1923 durch einen blutigen Putsch der Regierung Alexander Cankovs zerschlagen wurde. Die stark verschuldete Zentrale erhielt finanzielle Unterstützung, und so konnte sie gerettet werden. Hinter dieser Aktion, die Benešs Bemühungen um eine Annäherung an die derzeitige bulgarische Regierung gefährdete, stand wiederum Hodža<sup>83</sup>. Das wurde ihm nun zur Last gelegt.

Auch innerhalb der Agrarpartei wurde Hodžas Einfluß geschwächt. Sein Parteigenosse und Anhänger der „Burg“, Vavro Šrobár (1867—1950), veröffentlichte ein Buch<sup>84</sup>, in dem er schwere Angriffe gegen Hodža wegen seiner Tätigkeit als erster diplomatischer Vertreter der ČSR in Budapest im Jahre 1919 führte. Es gab auch noch weitere Angriffe<sup>85</sup>.

Hodža ist, obwohl er zehn Jahre lang an den einflußreichsten Stellen des Staates stand, selber vermögenslos geblieben. Nicht einmal ein Restgut hat ihm die Bodenreform eingebracht. Man kann hier also nicht von Habgier oder Korruption sprechen. Hodža blieb, ungeachtet seiner reifen Jahren und ungeachtet von Amt und Würden, ein Bohemien, voll Phantasie und Schlamperei.

Als Minister mußte er abdanken; stellvertretender Vorsitzender seiner Partei blieb er. Wer jedoch seine Vitalität und sein Aufgehen im politischen Beruf kannte, zweifelte nicht daran, daß Hodža dieses für ihn so erregende und interessante Metier für immer aufgeben könnte. Andererseits wäre es für den Staat ein schwer gutzumachender Schaden gewesen, wenn Hodža in die Opposition gedrängt worden wäre. Er war neben Hlinka die stärkste und einflußreichste slowakische Persönlichkeit und spielte, wie Peroutka feststellte, in Prag die Rolle eines Gesandten der Slowakei und in der Slowakei diejenige eines Gesandten Prags<sup>86</sup>.

Hlinka ist ein unberechenbarer Heißsporn geblieben. Hodža hatte demgegenüber eindrucksvolle politische Eigenschaften in die Politik mitgebracht. Im Gegensatz zu Hlinka hatte er auf die Forderung nach einer weitgehenden Autonomie für seine Heimat verzichtet und wurde dort zum einflußreichen Verfechter der Idee der tschechoslowakischen Nation. Hodža hätte aber auch anders handeln und mit Hlinka zusammen eine „slowakische Front“ schaffen können, falls ihm dies als zweckmäßiges Mittel seiner Politik erschienen wäre. Eine neue Chance für seine Rückkehr in die Politik ergriff er dann 1935. Von da an bis zur Münchner Krise war Hodža Ministerpräsident der Tschechoslowakei, freilich unter zunehmend veränderten politischen Umständen.

<sup>83</sup> Archiv ministerstva zahraničních věcí — Politische Berichte. Sofia 1928, Nr. 177/78.

<sup>84</sup> Osvobené Slovensko. Pamäti z rokov 1918—1920 [Die befreite Slowakei. Erinnerungen aus den Jahren 1918—1920]. Bd. 1. Prag 1928, 470 S.

<sup>85</sup> Vgl. Uhlíř: Konec vlády panské koalice 1970, 556—558.

<sup>86</sup> Peroutka: Ferdinand: Situace [Die Situation]. LN v. 10. 2. 1929.